

Versammlung von Aktionären und Prioritären der Südbahn.

Ueber Einberufung des Oest. Aktionärvereines fand am 19. d. M. in der Handelskammer eine Versammlung statt, in der die Aktionäre und Prioritäre der Südbahn zu der bevorstehenden Tarifierhöhung bezüglich Verkehrssteuer Stellung nahmen. In der Versammlung war ein stattlicher Kapitalbesitz vertreten. Außer dem Prioritätenkurator Doktor Groß wurden Direktoren, Verwaltungsräte und einige Personen von besonderer Sachkunde auf dem Gebiete der Südbahnfragen begrüßt. Herr Steinitz erstattete das Referat, in dem er darauf hinwies, daß die Südbahn nach dem Wortlaut des Sanierungsübereinkommens ein Recht auf eine volle Tarifierhöhung um das ganze Ausmaß der Tarifierhöhung der Staatsbahnen, ohne Einrechnung des bereits bestehenden 7prozentigen Zuschlages habe, und es nicht angehe, ihr dieses Recht auf dem Umwege über eine Verkehrssteuer zu nehmen. Eine andere Lösung wäre von der größten Ungerechtigkeit, aber auch von bedauerlichen Folgen für die Bahn wie für den österreichischen Kredit begleitet. Seitens des Vorstandes des österreichischen Aktionärvereines wurde betont, daß die Stellungnahme der Versammlung sich nicht etwa gegen die Verwaltung der Bahn oder über dieselbe hinweg an die maßgebenden Faktoren richte, sondern daß die Aktionäre und Prioritäre im Gegenteil im Vertrauen auf die Verwaltung, deren Stellungnahme in den Verhandlungen stärken und unterstützen wollen. Es wurde daher beschlossen, je eine Deputation zum Ministerpräsidenten, zum Eisenbahn- und Finanzminister zu entsenden, welche den Standpunkt der Südbahninteressenten dort vertreten und die folgende, sodann einstimmig beschlossene Entschließung unterbreiten sollten.

„Die in der Versammlung des Oest. Aktionärvereines vom 19. d. M. vereinigten Aktionäre und Prioritäre der Südbahn sind sich bewußt, daß das Sanierungsübereinkommen nach seinem Sinn und nach Treu und Glauben, der Bahn ein Anrecht auf eine parallele Tarifierhöhung der Staatsbahnen gibt, ob sie nun diesen Namen tragen oder sich in die Form einer Verkehrssteuer kleiden mag. Angesichts der ungeheuer gestiegenen Lasten geben Aktionäre und Prioritäre der festen Zuversicht Ausdruck, daß man der Südbahn die Erhöhung ihrer jetzigen Tarife um den vollen Zuschlag der Staatsbahntarife und außerdem die Ueberweisung zumindest eines erheblichen Teiles der Verkehrssteuer auf den Strecken der Südbahn nicht wird versagen können, und zwar nicht bloß im berechtigten Interesse der Aktionäre und Prioritäre, sondern auch zur Wahrung und Hochhaltung des österreichischen Kredits. Der Verwaltung der Südbahn wird das volle Vertrauen ausgesprochen, daß sie diesen Standpunkt allen maßgebenden Faktoren gegenüber mit unerschütterlicher Festigkeit und auf dem Bewußtsein des Rechtes beruhendem Nachdruck zur Geltung zu bringen und zum Erfolg zu verhelfen wissen wird.“

Die Beschlüsse der Versammlung werden satzungsgemäß dem Vorstand zur Genehmigung und Durchführung unterbreitet werden.